WIR SIND ÜBERSIEDELT!
Unsere neue Adresse:
Meraner Straße 5
BERICHT
DES LANDESVOlKSANWALTES

über die Tätigkeit
vom 01. Jänner 2010 bis 31. Dezember 2010

AN DEN TIROLER LANDTAG

DER LANDESVOlKSANWALT VON TIROL

Innsbruck – Meraner Straße 5
Telefon: 0512/508-3052 ● 0810/006200 zum Ortstarif ● Telefax: 0512/508-3055
E-Mail: landesvolksanwalt@tirol.gv.at ● www.tirol.gv.at/landesvolksanwalt
VORWORT ........................................................................................................................................ 6

1. ALLGEMEINER TEIL

1.1 Team und Büro .......................................................................................................................... 8
1.2 Die landesverfassungsrechtliche Grundlage ............................................................................. 10
1.3 Statistische Übersicht

1.3.1 Allgemeines .......................................................................................................................... 11
1.3.2 Inanspruchnahme ................................................................................................................... 11
1.3.3 Aufteilung der Beratungs- und Beschwerdefälle nach Materien ........................................ 14
1.3.4 Erledigung von aktenmäßigen Beratungs- und Beschwerdefällen ..................................... 15
1.3.5 Delogierungsfälle beim Landesvolksanwalt ......................................................................... 16

1.4 Erreichbarkeit ............................................................................................................................ 17
1.5 Sprechstage .................................................................................................................................. 18
1.6 Internet-Datenbank „Wer hilft wie?“ ......................................................................................... 21
1.7 Zentrale Ansprechperson für Behindertenanliegen ................................................................. 22

2. BESONDERER TEIL

2.1 Bemerkungen zu einzelnen Fällen ............................................................................................ 28

2.1.1 Die Installierung von Überwachungskameras war notwendig ............................................. 28
2.1.2 Vergaberichtlinien dürfen nicht diskriminierend sein .......................................................... 29
2.1.3 Hilfe zur Beseitigung der Notlage ......................................................................................... 31
2.1.4 Mit vereinten Kräften konnte eine Lösung gefunden werden ............................................. 32
2.1.5 Familienzusammenführung – Neubeginn mit Schwierigkeiten .................. 33
2.1.6 Nächtliche Ruhestörung im Wohngebiet ........................................... 35
2.1.7 Bildungsgeld doch noch erhalten ......................................................... 36
2.1.8 Land Tirol – ein guter Dienstgeber ....................................................... 38
2.1.9 Delogierung zwei Tage vor Weihnachten ........................................... 39
2.1.10 Keine Krankenversicherung für ein in Tirol geborenes Kind .............. 39

2.2 Anregungen an Gesetzgebung und Verwaltung .................................... 41
2.2.1 Allgemeines ......................................................................................... 41
2.2.2 Richtlinien im Sozial- und Behindertenbereich ................................... 42
2.2.3 Schulassistenz – Stützstunden .............................................................. 43
2.2.4 E-Card auch für Mindestsicherungsempfänger ................................... 44
2.2.5 Anträge nach dem Tiroler Mindestsicherungsgesetz bedürfen einer individuellen Entscheidung .................................................. 44

3. WEITERE THEMENSCHEWPERPUNKTE

3.1 Europäisches Ombudsmann-Institut (EOI) ............................................ 46
3.2 Internationale und nationale Kontakte .................................................. 47
3.3 Tagung der Europäischen Ombudsleute in Innsbruck .............................. 48
3.4 Öffentlichkeitsarbeit .............................................................................. 51

ABSCHLIESSENDE BEMERKUNGEN .......................................................... 52


Die in der Tiroler Landesordnung vorgesehene Berichterstattung an den Tiroler Landtag soll in erster Linie darin bestehen, den Damen und Herren Abgeordneten Informationen über das Verhältnis Bürger – Staat zu geben. Im Vergleich zum Vorjahr hat die Inanspruchnahme des Landesvolksanwaltes im Berichtsjahr wiederum deutlich zugenommen, was jedoch in erster Linie auf die Bearbeitung zahlreicher „Delogierungsfälle“ (siehe dazu Punkt 1.3.5) zurückzuführen ist. Die große Anzahl der Menschen aus Tirol, welche mit dem Landesvolksanwalt und seinen MitarbeiterInnen Kontakt aufnehmen, ist umso bemerkenswerter, als trotz zahlreicher Beratungs- und Ombudseinrichtungen in den verschiedensten Bereichen verstärkt der Weg zum Landesvolksanwalt gesucht

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten, Hoher Tiroler Landtag!
wird. Offensichtlich verbinden die Bürgerinnen und Bürger mit dieser Einrichtung Objektivität, Neutralität und Durchsetzungsfähigkeit, was im Übrigen nicht selten von Vorsprechenden bestätigt wird. Auch stehen nur dem Landesvolksanwalt die verfassungsrechtlich gewährleisteten Instrumente der uneingeschränkten Akteneinsicht und behördlichen Auskunftspflicht zur Verfügung, welche jedoch für eine objektive Feststellung des tatsächlichen Sachverhaltes unabdingbar sind.


Zwei markante Ereignisse sind im Jahr 2010 hervorzuheben, nämlich unsere Übersiedelung in die neuen Büroräume in der Meraner Straße 5 (siehe dazu Punkt 1.1) und die Abhaltung des 7. Regionalseminars des Europäischen Verbindungnetz des Ombudsleute in Innsbruck (siehe dazu Punkt 3.3)

Innsbruck, im März 2011

Dr. Josef Hauser
Landesvolksanwalt
1.1 TEAM UND BÜRO

In der Öffentlichkeit ist zumeist nur der Landesvolksanwalt selbst wahrzunehmen. Für die Rat und Hilfe suchenden Bürgerinnen und Bürger sind jedoch oft die Mitarbeiterinnen im Sekretariat sowie die juristischen MitarbeiterInnen die ersten Ansprechpartner. Ich habe das große Glück mich wie bisher auf ein ausgezeichnetes und erfahrenes Team verlassen zu können.


Einer Tradition folgend nehme ich gerne den Jahresbericht als Gelegenheit wahr, Ihnen das Team des Landesvolksanwaltes vorzustellen.

Sitzend von links: Gerda Unterrader, LVA Dr. Josef Hauser und Patricia Schatz
Stehend von links: Dr. Harald Kefer, Dr. Josef Siegele, Dr. Sabina Nagele und Dr. Christoph Wötzer
1.2 DIE LANDESVERFASSUNGSRECHTLICHE GRUNDLAGE

Landesgesetzblatt für Tirol


Artikel 56: Landesvolkssenat

(1) Zur Besorgung der im Abs. 2 angeführten Aufgaben ist der Landesvolkssenat berufen.


(3) Der Landesvolkssenat ist ein Organ des Landtages. Er untersteht unmittelbar dem Landtag, ist nur diesem verantwortlich und von der Landesregierung unabhängig.

(4) Der Landesvolkssenat hat seinen Sitz in Innsbruck. Er kann, soweit dies zur Besorgung seiner Aufgaben zweckmäßig ist, außerhalb der Landeshauptstadt Sprechstunden abhalten.


Der Landesvolkssenat darf weder der Bundesregierung oder der Landesregierung noch einem allgemeinen Vertretungskörper angehören.

(6) Der Landtag hat auf Vorschlag des Landtagspräsidenten den Landesvolkssenat vor dem Ablauf seiner Amtsduer nach Abs. 5 erster Satz abzubilden, wenn er die Voraussetzungen nach Abs. 5 zweiter und dritter Satz nicht mehr erfüllt.

(7) Die Landesregierung hat die für die Besorgung der Aufgaben des Landesvolkssenates erforderlichen Sach- und Geldmittel sowie die aus den Stellenplan sich ergebende Anzahl von Landesbediensteten für den Landesvolkssenat nach Anhörung des Landtagspräsidenten zur Verfügung zu stellen.

(8) Der Landesvolkssenat ist Vorgesetzter der bei ihm verwendeten Bediensteten. Er ist befugt, diesen Weisungen zu erteilen.

(9) Alle Organe des Landes und der Gemeinden haben den Landesvolkssenat bei der Besorgung seiner Aufgaben zu unterstützen, ihm Akteninsicht zu gewähren und ihn auf Verlangen die erforderlichen Austände zu erteilen. Liegen über dem Landesvolkssenat bestehende Amtsverschwiegenheit nicht. Der Landesvolkssenat unterliegt der Amtverschwiegenheit im gleichen Umfang wie das Organ, an das er bei der Besorgung seiner Aufgaben herangezogen ist.
1.3 STATISTISCHE ÜBERSICHT

1.3.1 ALLGEMEINES


1.3.2 INANSPRUCHNAHME

Im Berichtsjahr wurde der Landesvolksanwalt mit seinen juristischen MitarbeiterInnen von 5.886 Personen beratungs- und beschwerdemäßig in Anspruch genommen. Diese Zahl bezieht sich auf 2.196 persönliche Vorsprachen, 3.066 telefonische Erledigungen sowie 624 neue schriftliche Eingaben. Eine geschlechtsspezifische Auswertung der vorliegenden Statistik ergibt, dass im Berichtsjahr 2.879 Bürgerinnen (49 %) und 3.007 Bürger (51 %) mit dem Landesvolksanwalt Kontakt aufgenommen haben.

Dazu darf angemerkt werden, dass die Anzahl der persönlichen Gespräche mit 37 % der Gesamtkontakte im Vergleich mit ähnlichen Ombudseinrichtungen in Europa übermäßig hoch ist, woraus sich einerseits der Schluss ableiten lässt, dass es den Bürgerinnen und Bürgern in Tirol ein besonderes Bedürfnis ist, Probleme im Rahmen eines Gespräches zu erörtern, und andererseits sich das Team des Landesvolksanwaltes durch hohe fachliche und menschliche Kompetenz auszeichnet.

Analysierend kann festgestellt werden, dass im Vergleich zum Vorjahr im Berichtsjahr die Anzahl der Kontakte wieder deutlich anstieg, und zwar in einem Ausmaße von ziffernmäßig zusätzlichen 398 Kontakten, was einem prozentualen Anstieg von mehr als 7 % entspricht. In Prozentziffern ausgedrückt wurde im Berichtsjahr 2010 in 52 % der Fälle telefonisch, in 37% der Fälle persönlich und in 11 % der Fälle schriftlich mit dem Landesvolksanwalt Kontakt aufgenommen.

Darstellung nach Art der Inanspruchnahme:

- Telefonisch 3.066
- Persönlich 2.196
- Schriftlich 624

Inanspruchnahme im Verhältnis zum Vorjahr:

- Telefonisch 2.899
- Telefonisch 3.066
- Persönlich 2.146
- Persönlich 2.196
- Schriftlich 443
- Schriftlich 629
Die Frequenz der Inanspruchnahme in der Stadt Innsbruck war immer schon überdurchschnittlich hoch, was sich zweifellos in erster Linie mit dem Sitz des Landesvolksanwaltes in Innsbruck erklären lässt.

Was nun die auffallend hohe Zahl der Kontakte aus dem Bezirk Landeck betrifft, ist dies nicht etwa im dortigen Verwaltungsvollzug begründet, sondern vielmehr in der Tatsache, dass ein juristischer Mitarbeiter und der Landesvolksanwalt selbst den Wohnsitz im Bezirk Landeck haben, was die bereits öfters getroffene Feststellung untermauert, dass zwischen Bekanntheitsgrad und Zugang zum Landesvolksanwalt ganz allgemein ein direkter Zusammenhang besteht. Auch beziehen sich die aus dem Bezirk Landeck vorgebrachten Anliegen und Anfragen überwiegend auf die beratende Tätigkeit des Landesvolksanwaltes.
1.3.3 AUFTEILUNG DER BERATUNGS- UND BESCHWERDEFÄLLE NACH MATERIEN

Die Inanspruchnahme des Landesvolksanwaltes bezieht sich frequenzmäßig auf folgende ausgesuchte Rechtsbereiche:

<table>
<thead>
<tr>
<th>Materie</th>
<th>Fällen</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Abgabewesen, Landesabgabenordnung</td>
<td>48</td>
</tr>
<tr>
<td>Agrarrecht, Forst, Jagd und Fischerei</td>
<td>116</td>
</tr>
<tr>
<td>Baurecht und Raumordnung</td>
<td>642</td>
</tr>
<tr>
<td>Behindertenanliegen</td>
<td>878</td>
</tr>
<tr>
<td>Delogierungen</td>
<td>601</td>
</tr>
<tr>
<td>Dienstrecht</td>
<td>53</td>
</tr>
<tr>
<td>Finanzrecht – Bund</td>
<td>15</td>
</tr>
<tr>
<td>Förderungswesen, allgemein</td>
<td>47</td>
</tr>
<tr>
<td>Fremdenrecht</td>
<td>114</td>
</tr>
<tr>
<td>Gemeinderecht, allgemein</td>
<td>101</td>
</tr>
<tr>
<td>Gewerberecht, Betriebsanlagen</td>
<td>104</td>
</tr>
<tr>
<td>Grundverkehr</td>
<td>19</td>
</tr>
<tr>
<td>Jugendwohlfahrt</td>
<td>79</td>
</tr>
<tr>
<td>Klinikangelegenheiten, Krankenanstaltengesetz</td>
<td>25</td>
</tr>
<tr>
<td>Kraftfahrrecht, Straßenverkehrsordnung, Führerscheingesetz</td>
<td>142</td>
</tr>
<tr>
<td>Landespolizeigesetz</td>
<td>31</td>
</tr>
<tr>
<td>Pensionsrecht, ASVG</td>
<td>174</td>
</tr>
<tr>
<td>Privatrecht und Angelegenheiten der Gerichtsbarkeit</td>
<td>628</td>
</tr>
<tr>
<td>Schulwesen</td>
<td>79</td>
</tr>
<tr>
<td>Sicherheitswesen</td>
<td>39</td>
</tr>
<tr>
<td>Sonstiges</td>
<td>98</td>
</tr>
<tr>
<td>Sozialrecht</td>
<td>1.409</td>
</tr>
<tr>
<td>Staatsbürgerschaft, Personenstandsangelegenheiten</td>
<td>32</td>
</tr>
<tr>
<td>Straßenrecht</td>
<td>94</td>
</tr>
<tr>
<td>Tourismus, Sportwesen</td>
<td>9</td>
</tr>
<tr>
<td>Umweltschutz, Naturschutz</td>
<td>46</td>
</tr>
<tr>
<td>Verwaltungsverfahrensgesetzen</td>
<td>49</td>
</tr>
<tr>
<td>Wasserrecht</td>
<td>84</td>
</tr>
<tr>
<td>Wohnbauförderung</td>
<td>130</td>
</tr>
<tr>
<td>Summe</td>
<td>5.886</td>
</tr>
</tbody>
</table>


1.3.4 ERLEDIGUNG VON AKTENMÄSSIGEN BERATUNGS- UND BESCHWERDEFÄLLEN

1. Am 01. 01. 2010 übernommene Akten. .................................................. 125
2. Im Berichtszeitraum neu hinzugekommene Fälle. ................................. 624
3. Erledigte Fälle. .................................................................................. 596
1.3.5 WARUM WERDEN BEIM LANDESVOLKSANWALT NUN AUCH DELOGIERUNGSFÄLLE BEARBEITET?


1.4 ERREICHBARKEIT

Die Anliegen können schriftlich, telefonisch oder mündlich an den Landesvolksanwalt herangetragen werden.

Hingewiesen wird auf das über unsere Homepage [siehe unten angeführte Internetadresse] zur Verfügung stehende Online-Formular für Anfragen und Beschwerden.

Landesvolksanwalt
6020 Innsbruck, Meraner Straße 5
Telefon: 0512/508-3052
0810/006200 zum Ortstarif
Telefax: 0512/508-3055
E-Mail: landesvolksanwalt@tirol.gv.at
www.tirol.gv.at/landesvolksanwalt


ABENDSERVICE:

Neben den üblichen Amtsstunden für den Parteienverkehr (Montag bis Donnerstag 08.00 Uhr bis 12.00 Uhr und 13.30 Uhr bis 16.30 Uhr, sowie am Freitag von 08.00 Uhr bis 12.00 Uhr) ist der Landesvolksanwalt nach Anmeldung von Montag bis Donnerstag auch abends erreichbar. Damit soll insbesondere berufstätigen Bürgerinnen und Bürgern oder Eltern von Kleinkindern eine zusätzliche Vorsprachemöglichkeit geboten werden.
1.5 SPRECHTAGE


SPRECHTAGE DES LANDESVOlKsANWALTES
DR. JOSEF HAUSER

| Bezirkshauptmannschaft Landeck | Montag, 22. November 2010 |
| Bezirkshauptmannschaft Imst | Dienstag, 23. November 2010 |
| Bezirkshauptmannschaft Reutte | Mittwoch, 24. November 2010 |
| Bezirkshauptmannschaft Schwaz | Donnerstag, 25. November 2010 |
| Bezirkshauptmannschaft Kufstein | Montag, 29. November 2010 |
| Bezirkshauptmannschaft Kitzbühel | Dienstag, 30. November 2010 |
| Bezirkshauptmannschaft Lienz | Mittwoch, 01. Dezember 2010 |

Beginn jeweils 9.00 Uhr, Anmeldungen persönlich oder telefonisch an den Landesvolksanwalt von Tirol, Innsbruck – Meraner Straße 5
Telefon: 0810/006200 zum Ortstarif, Fax 0512/508-3055.
Wir sind auch für Anliegen von Menschen mit Behinderung und deren Angehörige zuständig.
Besonders erfreulich ist, dass die Bezirks-
hauptmannschaften und Gemeinden die
Sprechtage des Landesvolksanwaltes wie
bisher organisatorisch ausgezeichnet unter-
stützen und sie auch im Rahmen der amt-
lchen Verlautbarungen den Bewohnerinnen
und Bewohnern ihres Bezirkes entsprechend
kundmachen.

**Sprechstage des Landesvolksanwaltes**
**Dr. Josef Hauser**

<table>
<thead>
<tr>
<th>Ort</th>
<th>Termin</th>
<th>Ortstag, Uhrzeit</th>
<th>Orttag, Uhrzeit</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>LANDECK</td>
<td>Dienstag, 14. September 2010, 09.00 Uhr</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>TELFS</td>
<td>Dienstag, 14. September 2010, 14.30 Uhr</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>REUTTE</td>
<td>Mittwoch, 15. September 2010, 09.00 Uhr</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>IMST</td>
<td>Mittwoch, 15. September 2010, 14.30 Uhr</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>WÖRGL</td>
<td>Montag, 20. September 2010, 09.00 Uhr</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>KUFSTEIN</td>
<td>Montag, 20. September 2010, 14.30 Uhr</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>ST. JOHANN I.T.</td>
<td>Dienstag, 21. September 2010, 09.00 Uhr</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>MATREI I.O.</td>
<td>Dienstag, 21. September 2010, 15.00 Uhr</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>SILIAN</td>
<td>Mittwoch, 22. September 2010, 09.00 Uhr</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

Im jeweiligen Gemeindeamt
Landesvolksanwalt von Tirol, Innsbruck – Meraner Straße 5.
Anmeldungen unter Telefon 0810/006200 zum Ortstarif.
Wir sind auch für Anliegen von Menschen mit Behinderung und deren Angehörige zuständig.

An den Sprechtagen kamen die unterschiedlichsten Themen zur Sprache:


Wer hilft Wie – Die Suchmaschine im Sozial- und Behindertenbereich

Gemeinsam mit der Telefonseelsorge Innsbruck, Leiterin Frau Mag. astrid Höpperger, wurde im Berichtsjahr vom Team des Landesvolksanwaltes eine Suchmaschine entwickelt, die online 605 Einrichtungen im Sozial- und Behindertenbereich erfasst. Durch Eingabe eines Begriffes in die Suchleiste können diese Einrichtungen samt Zusatzinformationen über Erreichbarkeit oder Leistung abgerufen werden.


Adresse: www.werhilftwie-tirol.at
1.7 BEHINDERTENANSPRECHPARTNER

Ausgangslage


Frequenz:

<table>
<thead>
<tr>
<th>Jahr</th>
<th>2000</th>
<th>2001</th>
<th>2002</th>
<th>2003</th>
<th>2004</th>
<th>2005</th>
<th>2006</th>
<th>2007</th>
<th>2008</th>
<th>2009</th>
<th>2010</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Parteien</td>
<td>224</td>
<td>286</td>
<td>334</td>
<td>389</td>
<td>487</td>
<td>536</td>
<td>613</td>
<td>769</td>
<td>826</td>
<td>810</td>
<td>878</td>
</tr>
</tbody>
</table>
Die Arbeitsfelder umfassen

- Beratung der Vorsprechenden
- Weitervermittlung der Betroffenen an Facheinrichtungen
- Besuche von Fachtagungen, Arbeitssitzungen und Veranstaltungen sowie
- Erarbeitung von Informationsmaterial im Behindertenbereich.


Arbeitsschwerpunkte in der Alltagsarbeit sind

- Auskünfte zu Pflegegeldverfahren
- Fragen zur Versorgung von pflegebedürftigen Personen [stationäre und häusliche Versorgung samt Kostenfragen]
- Beratung zu finanziellen Hilfen von behinderten Menschen
  ⇒ zum Ankauf von Hilfsmitteln wie z.B. Badelifter
  ⇒ zur Finanzierung von Rehabilitationsmaßnahmen wie z.B. Therapien
  ⇒ zu Urlaubskosten wie z.B. zur Entlastung der pflegenden Angehörigen
- Rechtliche Beratung behinderter Menschen und deren Angehörige.

Förderung der häuslichen Pflege

Dieses Thema und Hilfen zur Entlastung der pflegenden Angehörigen, um eine Auszeit von der Pflege nehmen zu können, ist dem Behindertenansprechpartner ein besonderes Anliegen.

Die zwischenzeitlich dazu gefassten Richtlinien des Landes Tirol zur:

- „Förderung der mobilen Pflege und Betreuung in Tirol“ [2010]
- „Förderung der Kurzzeitpflege für alte, pflegebedürftige Personen“ [2008]
- „Förderung der Kurzzeitpflege und Kurzzeitbetreuung für Menschen mit Behinderung“ [2008]

können auf der Homepage des Landes unter www.tirol.gv.at/themen/gesellschaft-und-soziales/soziales/gesetze heruntergeladen werden.
Besonderer Bedarf besteht an ambulanten professionellen Diensten.

Dazu gehören:
- Beratungshilfen und Schulungen als stützende Begleitung für die pflegenden Angehörigen zu den Pflegetätigkeiten sowie
- Ausbau der ambulanten Therapieleistungen (Physio- und Ergotherapie sowie Logopädie).

Die flächendeckenden Sozial- und Gesundheitssprengel sind sehr geeignet, hier Träger der Dienste zu sein.

Bedarfs- und Entwicklungsplan im Behindertenbereich

Seit Beginn der Berichterstattung wird die Erstellung eines solchen Entwicklungsplanes zum stationären wie auch teilstationären/ambulanten Bereich sowie die Festlegung von Qualitätskriterien im Behindertenbereich angeregt. Versäumnisse der öffentlichen Hand in diesem Bereich führen dazu, dass sich die Facheinrichtungen den Weg selbst vorgeben.


Das neue Gesetz für den Behindertenbereich ist zukunftsorientiert zu gestalten

Das Tiroler Rehabilitationsgesetz ist in die Jahre gekommen und nicht mehr zeitgemäß. Derzeit wird unter der Federführung der Fachabteilung an einem Nachfolgegesetz gearbeitet. Dabei ist Folgendes zu beachten:

- Bei den Überlegungen zum Nachfolgegesetz des Tiroler Rehabilitationsgesetzes sind die Bestimmungen in der UN-Konvention mit einzubinden, da ansonsten das Gesetz veraltet ist, noch bevor es den Schreibtisch verlassen hat.

Schwerpunkte der UN-Konvention:
1. Zentraler Begriff ist der Begriff der "Teilhabe" des Behinderten
2. Behinderung wird ursachenunabhängig und altersunabhängig gesehen
3. Orientierung erfolgt am Bedarf des Menschen mit Behinderung – Schwerpunktsetzung Lebensqualität
4. Selbstbestimmung und Wahlfreiheit der Betroffenen hinsichtlich Betreuungsstruktur sind weitere Grundsätze
5. Es herrscht ein ganzheitliches Verständnis von Betreuung.

**Monitoringausschuss auf Bundesebene**


Ähnliche und regionale Ausschüsse in den Bundesländern und für Landesangelegenheiten wären zielführend, wurden jedoch noch in keinem Bundesland installiert.

**Länderübergreifende Initiativen**


Personelle Aufstockung der Stelle des Behindertenansprechpartners

Der Behindertenansprechpartner ist beim Landesvolksanwalt angesiedelt und wird in seiner Arbeit vom Landesvolksanwalt und auch seinem Team tatkräftig unterstützt. Dies ist auch der Grund, weshalb trotz steigenden Parteienverkehrs kein Hilfesuchender abgewiesen werden muss.


Es ergeht daher auch zur Qualitätssicherung der Arbeit für Menschen mit Behinderungen und deren Angehörige der neuerliche Helferuf nach einer personellen Aufstockung der Stelle des Behindertenansprechpartners.

Der Unterfertigte bedankt sich herzlich insbesondere beim Landesvolksanwalt und seinem Team für die vielseitige Hilfe und Unterstützung. Ohne sie wäre die Bewältigung des Arbeitsaufwandes nicht möglich gewesen.

Dr. Christoph Wötzer
Behindertenansprechpartner
2.1 BEMERKUNGEN ZU EINZELNEN FÄLLEN

Durch die Darstellung beispielhafter Einzelfälle soll ein besserer Einblick in die Tätigkeit des Landesvolksanwaltes gegeben und auch die Themenvielfalt aufgezeigt werden. Soweit nicht unbedingt notwendig werden die Daten (z.B. Bezeichnung der Behörde oder Anführung der Gemeinde) anonymisiert wiedergegeben, da es nicht um ein „an den Pranger stellen“ von Behörden und Dienststellen bzw. ihrer Organe geht. Vielmehr soll ein besseres Verständnis für die Aufgaben und die Arbeitsweise des Landesvolksanwaltes geweckt und die Schwerpunktbildung veranschaulicht werden.

In diesem Sinne haben die Damen und Herren Abgeordneten des Tiroler Landtages die Darstellung von Einzelfällen im Jahresbericht vielfach als besonders aussagekräftig bezeichnet und sich für die Beibehaltung der Fallbezogenen Ausführungen ausgesprochen.

2.1.1 VERANSTALTUNGSRECHT/ NACHBARSCHAFTSSCHUTZ
ERST DURCH DIE INSTALLATION VON ÜBERWACHUNGSKAMERAS KONNE DIE SITUATION ENTSCHÄRFRT WERDEN


Der Landesvolksanwalt nahm Gespräche mit der zuständigen Bezirkshauptmannschaft und der Marktgemeinde auf. Von den Behördenvertretern wurde das Problem von Anfang an durchaus ernst genommen. Maßnahmen wie eine Vorverlegung der Sperrstunde, die Vorschreibung von „Türstehern“, Gespräche
mit den Betreibern und eine verstärkte polizeiliche Überwachung wurden ins Auge gefasst bzw. umgesetzt. Eine nachhaltige und deutliche Verbesserung der Situation konnte jedoch damit nicht erreicht werden; zudem war eine wesentliche Intensivierung der polizeilichen Überwachung mangels entsprechender Personalressourcen nicht umsetzbar.

Zwischenzeitlich suchten die betroffenen Anrainer bei jedem Sprechtag in besagtem Bezirk den Landesvolksanwalt auf und klagten, belegt durch zahlreiche Fotos, immer wieder ihr Leid. Auch aufgrund mehrerer persönlicher Besichtigungen vor Ort war für den Landesvolksanwalt die belastende Situation der Anrainer nachvollziehbar.


Wenn auch im Spannungsfeld der verschiedenartigen Nutzungsinteressen gewisse Beeinträchtigungen nicht zu vermeiden sind, kann in diesem Fall doch festgestellt werden, dass sich die Ausdauer und Beharrlichkeit gelohnt haben. Den beteiligten Behördenvertretern sei an dieser Stelle ausdrücklich für ihre Anstrengungen zum Wohle der Nachbarschaft, ohne dass die betrieblichen Interessen der Gastwirte wesentlich eingeschränkt wurden, gedankt!

2.1.2 WOHNUNGSVERGABE
VERGABERICHTLINIEN DÜRFEN NICHT DISKRIMINIEREND WIRKEN

Mit 01.01.2010 sind in einer größeren Gemeinde Tirols neue Wohnungsvergaberichtlinien in Kraft getreten. Darin wurde unter anderem festgelegt, dass maximal 15 % der Wohnungen an Nicht-EU-BürgerInnen vergeben werden dürfen; des Weiteren wurden mangelnde Deutschkenntnisse bei der Vergabe durch einen Punkteabzug sanktioniert.

Sozialer Wohnbau dürfte nicht als Belohnungs- oder Bestrafungsinstrument missbraucht werden, so das Beschwerdevorbringen. Die beschlossenen Richtlinien seien nicht nur gesetzeswidrig, da sie klar gegen EU-Recht verstoßen würden, sondern zudem diskriminierend, sie würden außerdem die Kernpunkte des erst kürzlich erstellten Integrationskonzeptes der betroffenen Gemeinde konterkarieren und dem Tiroler Antidiskriminierungsgesetz widersprechen.

Im Einklang mit der Tiroler Antidiskriminierungsbeauftragten ist der Landesvolksanwalt an die Abteilung Wohnbauförderung herangetreten und es wurde dabei die Frage aufgeworfen, ob bereits eine Prüfung der kürzlich beschlossenen Wohnungsvergaberichtlinien auf Einhaltung der Wohnungsvergaberichtlinie des Landes und allenfalls auch auf Einhaltung des Tiroler Antidiskriminierungsgesetzes erfolgt sei.


Die Antidiskriminierungsbeauftragte des Landes Tirol erklärte sich in der Folge bereit, die Gemeinde in dieser Angelegenheit zu unterstützen und einen Vorschlag für eine gesetzeskonforme Richtlinie zu erstellen. Zudem teilte die Abteilung Wohnbauförderung beim Amt der Tiroler Landesregierung der Gemeinde schriftlich mit, dass bis zur entsprechenden Änderung der Vergaberichtlinien keine wohnbauförderten Objekte freigegeben werden können. Ein aktuelles Bauvorhaben wurde sofort zurückgestellt.
Diese Schritte hatten schließlich zur Folge, dass die beiden kritisierten Punkte der Vergaberichtlinien (Punkteabzug aufgrund mangelter Deutschkenntnisse, Einschränkung auf maximal 15% Nicht-EU-BürgerInnen pro Wohnanlage) nach eingehender Beratung vom Gemeinderat entsprechend abgeändert wurden und die aktuellen Richtlinien nunmehr als gesetzeskonform zu betrachten sind.

2.1.3 SOZIALRECHT
HILFE ZUR SELBSTHILFE – RICHTUNGSWEISENDE UNTERSTÜTZUNG ALS HILFE ZUR BESETTIGUNG DER NOTLAGE

„Durch Ihre Hilfe konnte nicht nur die Delegierung abgewandt werden, sondern ich bekam neuen Mut, was dagegen zu unternehmen und manch unangenehme Wege zu gehen. Sie als Anwalt und Fürsprecher zu haben ist für jeden, der in eine solche Lage kommt, ein großes Glück“. 

Solche wertschätzenden Dankesworte gehören in unserer Arbeit nicht zum Alltag. Menschen registrieren aber sehr wohl, wenn sie in ihren Sorgen ernst genommen werden und wenn sie spüren, dass sie in ihrer Not nicht allein sind. Durch richtungsweisende Beratung und Begleitung kann den Betroffenen oftmals Hilfestellung gegeben werden, ihrer Notlage zu entkommen.


Unsere Erhebungen bestätigten die obigen Aussagen und es stellte sich heraus, dass der Vorsprechende, obwohl die Voraussetzungen gegeben waren, weder für sich noch für seine Familie öffentliche Unterstützungen wie Arbeitslosenunterstützung, Grundsicherung oder Mietzinsbeihilfe bezogen hatte, weil der Betroffene aus eigenen Mitteln die Notlage
beseitigen wollte, was jedoch nicht gelang.


In den Folgemonaten erhielt die Familie Leistungen aus der Grundsicherung, bis der Familienerhalter durch eine geregelte Arbeit als Geschäftsführer eines größeren Betriebes den Lebensunterhalt für sich und die Familie wieder selbst aufbringen konnte.

2.1.4 BAURECHT/GEWERBERECHT MIT VEREINTEN KRÄFTEN KONNTE EINE LÖSUNG GEFUNDEN WERDEN


Die (wenn auch genehmigte) Nutzungserweiterung des Betriebes führe zu unzumutbaren Beeinträchtigungen, so die Beschwerde des angrenzenden Nachbars beim Landesvolksanwalt. Insbesondere die von der Tiefgarage ausgehenden Lärmquellen (Fahrbewegungen der Autos und Motorräder, Schließen der Autotüren usw.) hätten ein Ausmaß angenommen, welches die Wohnqualität der Nachbarn massiv beinträchtige. Auf Einschreiten des Landesvolksanwaltes durchgeführte Überprüfungen durch die Baubehörde und umfangreiche Lärmmessungen der Bezirksbrotislaeuflant schritten vorerst keine Lösung. Einerseits konnten keine Abweichungen von der bewilligten Bauweise festgestellt werden und andererseits kam der Gewerbetechniker in seinem umfangreichen Gutachten zur Auffassung,
dass unter Berücksichtigung der dem Betrieb nicht zurechenbaren Umgebungsgeräusche (insbesondere der Fahrbewegungen auf der Gemeindestraße) die gemessenen Pegelwerte keine Grundlage für die Vorschreibung zusätzlicher Maßnahmen bieten würden.

Damit war jedoch der Beschwerdeführer nicht zufrieden und brachte ergänzend vor, die Betreiberin des Gastgewerbebetriebes habe im Bauverfahren von sich aus erklärt, eine Einfensterung der Garagenzufahrt vorzunehmen. Vom Landesvolksanwalt mit diesem neuen Sachverhalt konfrontiert, führte der Bürgermeister mehrere persönliche Gespräche und er konnte schließlich die Betriebsinhaberin dazu bewegen, die Zufahrt zur Tiefgarage von sich aus mit Plexiglas einzuhausen.

Der Beschwerdeführer bedankte sich mit einem freundlichen Brief und folgenden Worten: „Es ist mir ein ehrliches Bedürfnis Ihnen und unserem Herrn Bürgermeister zu danken. Ihre Bemühungen und letztlich der entsprechende Erfolg haben mir den Glauben an die Sinnhaftigkeit der Volksanwaltschaft wieder gegeben."

Dieser Fall ist tatsächlich ein anschauliches Beispiel für viele beim Landesvolksanwalt vorgebrachten Beschwerden, die mangels entsprechender Gesetzesgrundlage oder aus anderen Umständen nicht mit Behördenautorität, sondern im Vermittlungswege in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden einer zufrieden stellenden Lösung zugeführt werden können.

2.1.5 SOZIALRECHT/BEHINDERTENANLIEGEN FAMILIENZUSAMMENFÜHRUNG – NEUBEGHN Mit SCHWIERIGKEITEN

„Was hätte ich nur ohne Sie getan", so die Aussage einer dankbaren Mutter am Ende ihres Leidensweges.

Eine Mutter nahm Kontakt mit uns auf und schilderte ihre Not:


Nunmehr habe sie wieder zu sich gefunden, sei vom Alkohol unabhängig und sie möchte wieder mit ihren Kindern zusammen sein. Sie habe aber kein eigenes Einkommen, könne sich daher die 50 m² Wohnung, in der sie wohne, nicht leisten und die
Grundsicherungsbehörde weigere sich, die Mietkosten zu bezahlen, weil die Wohnung für sie allein zu groß sei. Sie brauche diese Wohnung aber, weil ohne entsprechenden Wohnraum keine „Familienzusammenführung“ möglich sei.

Erschwert wurde die Situation dadurch, dass die Vorsprechende körperlich behindert und damit hinsichtlich einer Arbeitsaufnahme nur schwer vermittelbar ist. Zum Zeitpunkt ihrer Kontaktaufnahme mit uns stand die Mutter aufgrund der gescheiterten Ehe und fehlender Unterhaltszahlungen vermögens- und einkommenslos da.

Über die Grundsicherungsbehörde konnte vorerst ihr Lebensunterhalt gesichert und die Übernahme eines Teiles der Miete erwirkt werden. Die Übernahme der gesamten Miete wurde von Seiten der Behörde zu Recht abgelehnt (weil die Mutter allein in der Wohnung lebe), jedoch zugesagt, wenn „klare Signale für eine Familienzusammenführung ersichtlich sind“.


In den Folgemonaten intensivierte die Mutter in Zusammenarbeit mit der Jugendwohlfahrtsbehörde den Kontakt zu ihren Kindern und baute eine gute Vertrauensbasis zu ihnen auf. Mit Hilfe der Jugendwohlfahrtsbehörde übertrug das Bezirksgericht der Mutter das Sorgerecht für jenes Kind, das bei den Pflegeeltern wohnte und dieses zog wieder zur Mutter. Die beiden anderen Kinder bleiben zwar vorerst in der Facheinrichtung untergebracht, besuchen aber die Mutter und ihre Schwester jedes Wochenende. Nach Mitteilung der Jugendwohlfahrtsbehörde stehen die Chancen für eine Familienzusammenführung in nächster Zeit „sehr gut“.

Aufgrund dieser positiven Entwicklung übernahm die Grundsicherungsbehörde die Lebenshaltungskosten für die Mutter und das in ihrem Haushalt wohnende Kind und die Miete in voller Höhe.

Damit ist die Alleinerziehende nicht mehr auf die Hilfe privater Einrichtungen angewiesen.
2.1.6 BETRIEBSANLAGENRECHT
NÄCHTLICHE RUHESTÖRUNG IM WOHNGEBIET

Die gewerbliche Nutzung eines Privatparkplatzes durch ein größeres Taxiunternehmen stört seit mehreren Jahren die Anrainer in ihrer Nachtruhe. Trotz diverser Anzeigen und Eingaben bei der zuständigen Behörde seien scheinbar keine entsprechenden verwaltungsrechtlichen Schritte eingeleitet worden, so die Meinung der Anrainer.


In der Zwischenzeit vergingen wieder einige Monate und der Fahrzeugbestand war auf 12 Fahrzeuge angewachsen, ein Umstand, welcher natürlich nicht zur Beruhigung der Anrainer beitrug. Um der sofort drohenden Schließung zu entgehen, brachte der Geschäftsführer des Unternehmens nun ein Ansuchen um gewerbebehördliche Betriebsanlagengenehmigung für neun Autoabstellplätze ein. Im Frühjahr 2010 wurde ein Betriebsanlagengenehmigungsbescheid unter Vorschreibung von Auflagen zum Schutze

Neuerlich mit dem Genehmigungsantrag befasst, kam die Erstbehörde, nicht zuletzt aufgrund nun vorliegender Lärmgutachten, zum Ergebnis, dass die Genehmigungsvoraussetzungen nicht gegeben sind und folgerichtig der betrieblich genutzte Parkplatz aufzulassen bzw. zu schließen ist, was dann letztendlich im September des vergangenen Jahres auch tatsächlich erfolgte.

Ein Sprecher der Anrainer hat sich für die „Unterstützung und Hilfe“ des Landesvolksanwaltes in dieser Angelegenheit ausdrücklich bedankt.

2.1.7 ARBEITSMARKTFÖRDERUNG
BILDUNGS GELD Doch noch erhalten

Die Zuerkennung eines Bildungsgeldes aus Mitteln der Arbeitsmarktförderung des Landes Tirol ist an Richtlinien gebunden. Ein Ansuchen kann gemäß diesen Richtlinien nur dann positiv behandelt werden, wenn das Kursende nicht länger als 3 Monate zurückliegt.

Im beschwerdegegenständlichen Fall brachte eine Frau aus dem Bezirk Kufstein einen Antrag auf Zuerkennung eines Bildungsgeldes beim Amt der Tiroler Landesregierung ein, nachdem sie zuvor eine Privatschule mit Öffentlichkeitsrecht erfolgreich besucht hatte. Der dringend benötigte Zuschuss sollte die große finanzielle Belastung, welche mit den nicht unbeträchtlichen Lehrgangsgebühren in der Höhe von insgesamt ca. € 10.000,- für die Kursteilnehmerin verbunden war, reduzieren.

war zum Zeitpunkt der Überreichung des Diploms, welches mit 07.07.2009 datiert war, die Antragsfrist von drei Monaten bereits abgelaufen.

In einer vom Landesvolksanwalt eingeholten Stellungnahme wurde vom zuständigen Sachgebiet beim Amt der Tiroler Landesregierung wie folgt ausgeführt:


Um zu vermeiden, dass allfällige Auffassungsunterschiede bzw. Fehlinformationen im Rahmen der Kursgenehmigung und der Förderungsabwicklung im gegenständlichen Fall nicht zu Lasten der Förderwerberin gehen, wurde im Sinne einer einmaligen Ausnahmeregelung seitens des für die Arbeitsmarktförderung zuständigen politischen Referenten schließlich die Zustimmung zur Gewährung der Förderung erteilt. Weiters wurde mitgeteilt, dass der Förderbetrag in Kürze angewiesen wird.

Auch hier war es dem Landesvolksanwalt erfreulicherweise möglich, eine bürgerfreundliche Lösung des gegenständlichen Problems herbeizuführen, was im Hinblick darauf, dass das Missverständnis bei der Förderabwicklung nicht dem Einflussbereich der Förderungswerberin zugerechnet werden konnte, zweifellos recht und billig war.
2.1.8 DIENSTRECHT/SOZIALES
LAND TIROL – EIN GUTER DIENSTGEBER

Eine junge Volksschullehrerin geriet aufgrund von gesundheitlichen Problemen in eine beruflich und finanziell sehr schwierige Situation. Das Land Tirol als Dienstgeber reagierte verständnisvoll.

Der Onkel der Betroffenen wandte sich an den Landesvolksanwalt, nachdem er vom psychischen Ausnahmezustand seines Patenkindes – einer jungen Lehrerin – erfahren hatte.


Über den Landesvolksanwalt wurde Kontakt zur Abteilung Bildung beim Amt der Tiroler Landesregierung als Dienstgeber aufgenommen und die schwierige Situation der Betroffenen ausführlich dargelegt. Nach rechtlicher Beratung durch den Landesvolksanwalt brachte die Lehrerin hinsichtlich ihrer Austrittserklärung beim Dienstgeber einen schriftlichen Widerruf ein und beantragte gleichzeitig, die Karenzzeit um ein weiteres Jahr zu verlängern.


Die Betroffene bedankte sich beim Landesvolksanwalt und dem Land Tirol als Dienstgeber sehr herzlich. Der Fall zeigt auch eindrucksvoll auf, dass Menschen unverhofft in eine Situation kommen können, welche sie ohne kompetente Hilfestellung und entsprechendes Verständnis – hier des Dienstgebers, welcher unkompliziert und rechtlich einwandfrei entscheidend zur Problemlösung beigetragen hat – alleine nicht mehr bewältigen können.

Gründe für den Mietrückstand waren zum einen finanzielle Einbußen des Ehegatten aufgrund einer fast einjährigen Arbeitslosigkeit als Folge eines Konkursverfahrens des früheren Arbeitgebers und zudem eine längere Krankheitsphase und zum anderen das geringe Einkommen seiner Gattin als Mindestrentnerin. Nun sollte das Ehepaar die Wohnung, welche über viele Jahre bewohnt wurde, gerade zwei Tage vor Weihnachten verlieren.

Nach Kontaktaufnahme mit der gemeinnützigen Wohnbaugesellschaft als Vermieterin der gegenständlichen Wohnung konnten die genaue Höhe des noch offenen Mietrückstandes und jener Betrag ermittelt werden, der aufgewendet werden musste, um den Räumungstermin abzuwenden.


„Das werden wir Ihnen in unserem ganzen Leben nicht mehr vergessen“ war die berührende Rückmeldung an den Landesvolksanwalt einen Tag vor Weihnachten 2010!

Der Vater eines in Tirol geborenen Kindes wandte sich an den Landesvolksanwalt, zumal für ihn völlig unverständlicherweise die Ausstellung einer Geburtsurkunde für seine kleine Tochter verweigert worden und damit auch kein Krankenversicherungsschutz gegeben war.

Nach Aufklärung des maßgeblichen Sachverhaltes ergab sich in dieser auch für den Landesvolksanwalt schwer nachvollziehbaren Situation folgendes Bild:

Der Beschwerdeführer und seine Gattin heirateten während eines Urlaubsaufenthaltes im Jahre 2007 in Australien. Die Heiratsur-
kunde wurde zwar ausgestellt, jedoch nicht die notwendige Apostille (eine vereinfachte Form der Legislation – diplomatische Beglaubigung) beigefügt.


Bei behördlichen Erledigungen wie der Änderung des Familiennamens und der Ausstellung eines neuen Reisepasses für die Gattin gab es diesbezüglich keine Probleme. Umso unvorbereiteter traf nun das Ehepaar diese Situation, zumal es hier um die wichtige Frage des Krankenversicherungsschutzes für die kleine Tochter ging. Die Rechtslage ist jedoch, wie oben ausgeführt, eindeutig.


Das betroffene Ehepaar bedankte sich herzlich für die rasche, unkomplizierte und erfolgreiche Hilfestellung.
2.2 ANREGUNGEN AN GESETZGEBUNG UND VERWALTUNG

2.2.1 ALLGEMEINES


Die konstanten und signifikanten Steigerungen bei der Anzahl der Beratungsgespräche über die letzten Jahre zeigen deutlich auf, dass die Menschen im Umgang mit der unüberschaubaren Menge an rechtlichen Bestimmungen überfordert sind. Dies betrifft sowohl die große Anzahl der Gesetze und Verordnungen als auch die für den rechtsun­kundigen Bürger mangelnde Verständlichkeit mancher Bestimmungen.


Die Anregung, die Bestimmungen des Deregulierungsgesetzes ernst zu nehmen, wird daher wiederholt und auch dem Landesgesetzgeber nahe gelegt.

2.2.2 RICHTLINIEN IM SOZIAL- UND BEHINDERTENBEREICH

Ganz im Sinne auch unserer Anregungen in der Vergangenheit hat die Fachabteilung durch die Ausarbeitung von „Richtlinien“ in verschiedenen Bereichen geholfen, einige Fachmaterien für die Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich Leistungsbezug und Finanzierung transparenter zu gestalten. Unabhängig des Umstandes, dass die darin formulierten Leistungen in manchen Bereichen nicht dem tatsächlichen Bedarf entsprechen (siehe Bericht „Schulassistenz“ zu Punkt 2.2.3) wird diese Entwicklung doch sehr positiv gesehen, bringt sie doch besseres Verständnis für gesetzliche Regelungen und verstärkte Rechtssicherheit.

Positiv ist auch, dass diese Richtlinien nicht mehr nur wenigen, sondern über die Homepage des Landes Tirol der breiten Bevölkerung zum Herunterladen zur Verfügung stehen.

So können unter www.tirol.gv.at/themen/gesellschaft-und-soziales/soziales/gesetze folgende Richtlinien heruntergeladen werden.

∪ Richtlinie über die Förderung von Hilfskräften für Kinder mit Behinderung in Landesschulen (131 KB)
2.2.3 SCHULASSISTENZ – STÜTZSTUNDEN

Nach § 14 des Tiroler Rehabilitationsgesetzes kann einem Behinderten persönliche Hilfe durch „Betreuung, Anleitung und Beratung bei der Bewältigung der Anforderungen des täglichen Lebens“ gewährt werden.

Unter diese „Persönliche Hilfe“ fallen Dienste in der „Schulassistenz“, also Unterstützungen durch Betreuungspersonal für Schülerinnen und Schüler mit Behinderung mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf für jene Tätigkeiten in der Schule, die diese aufgrund ihrer Behinderung selbst nicht durchführen können. Das Land Tirol bezahlt die Kosten für diese Betreuungsstunden, die Unterstützten bzw. ihre unterhaltspflichtigen Angehörigen haben je nach finanziellen Möglichkeiten einen Beitrag zu leisten.

Zum Zeitpunkt der Vorsprache der Mutter eines schwerbehinderten minderjährigen Rollstuhlfahrers, der eine Volksschule besuchte und bei dem die gesetzlichen Voraussetzungen für Leistungen in der Schulassistenz gegeben waren, betrug das höchstmögliche Ausmaß für diese Betreuung 13,33 Stunden pro Woche. Dieses Zeitausmaß war jedoch für den konkreten Einzelfall und auch für andere an den Behindertenansprechpartner herangetragene Lebenssituationen längst nicht ausreichend. Es wurde daher eine Erhöhung dieses Stundenausmaßes angeregt.
Im Zuge der „Richtlinie über die Förderung von Hilfskräften für Kinder mit Behinderung in Landesschulen [SchulassistentInnen-Richtlinie]“, gültig ab 1. September 2010, wurde das Stundenmaß „pro anspruchsberechtigtem/r SchülerIn“ auf maximal 23 Stunden pro Schulwoche erhöht.

2.2.4. E-CARD AUCH FÜR MINDESTSICHERUNGSEMPFÄNGER


Mussten in der Vergangenheit die Betroffenen bei Leistungen zur Krankenversicherung wie z.B. bei einem Arztbesuch noch bei der zuständigen Bezirksverwaltungsbehörde einen „Krankenschein“ holen, der sie nach außen hin als „Grundsicherungsempfänger“ auswies, so erhalten diese nunmehr auch über Anregung des Landesvolksanwaltes eine E-Card, mit der sie die notwendigen medizinischen Leistungen neutral und unbürokratisch in Anspruch nehmen können.

2.2.5 ANTRÄGE NACH DEM TIROLER MINDESTSICHERUNGSGESETZ [FRÜHER: TIROLER GRUNDSICHERUNGSGESETZ] BEDürFEN EINER INDIVIDUELLEN ENTSCHEIDUNG

Zum im Berichtszeitpunkt noch gültigen Tiroler Grundsicherungsgesetz häuften sich die Beschwerdefälle über eine für den Vollzug dieses Gesetzes zuständige Bezirksverwaltungsbehörde; nämlich, dass Leistungen trotz Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen nicht zugesprochen worden seien.

Unsere Erhebungen ergaben, dass Mitarbeiter der Behörde bei der Berechnung der Grundsicherung sämtliches Einkommen der Haushaltsangehörigen berücksichtigten, was dazu geführt hatte, dass eine Grundsicherung für den/die Antragsteller/in abgelehnt worden war.


Dass Anträge im Einzelfall zu entscheiden sind, gilt auch für das aktuelle Tiroler Mindestsicherungsgesetz.
Dem Europäischen Ombudsmann-Institut mit Sitz in Innsbruck gehören als europäische Vereinigung der Volksanwälte (Ombudslute, Bürger- und Menschenrechtsbeauftragte) mehr als 100 institutionelle und rund 75 individuelle Mitglieder aus ganz Europa an. Das EOI hat sich in den letzten Jahren vor allem für eine Verbreitung der Ombudsmann-Idee in den neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas eingesetzt. Schon aus der Anzahl der Mitglieder kann dessen Bedeutung abgeleitet werden.


Im Rahmen der letzten ordentlichen Generalversammlung am 05. Oktober 2009 in Florenz wurde mein Mitarbeiter Dr. Josef Siegele als Nachfolger des langjährigen Geschäftsführers MMag. Dr. Nikolaus Schwärzler zum Generalsekretär des EOI gewählt. Um Interessenskonflikte zu vermeiden, habe ich meine Funktion als Schatzmeister zurückgelegt – diese Funktion hat die neue Landesvolksanwältin von Vorarlberg, Frau Mag.a Gabriele Strele übernommen – ich bin jedoch als Vorstandsmitglied weiterhin für das EOI tätig.


3.2 INTERNALE UND NATIONALE KONTAKTE

Zahlreiche Kontakte haben sich im Berichtsjahr durch meine Tätigkeit im Vorstand des Europäischen Ombudsmann-Institutes (EOI) und die vom EOI durchgeführten Veranstaltungen ergeben.

Aufgrund vergleichbarer Rahmenbedingungen der Aufgabenerfüllung bestehen weiterhin ausgezeichnete Kontakte zur Landesvolkswagenkärin von Südtirol, Frau Dr. Burgi Volgger, zur Landesvolkswagenkärin von Vorarlberg, Frau Mag.a Gabriela Strele sowie zu den Schweizer Ombudsleuten und den Bürgerbeauftragten in Deutschland.


3.3 TAGUNG DER EUROPÄISCHEN OMBUDSLEUTE IN INNSBRUCK


LT-Präsident DDr. Herwig van Staa bei der Begrüßungsrede im Congress Innsbruck
Kaisersaal des Stiftskellers eingeladen.

Am zweiten Tagungstag hielt der Generaldirektor für Umweltfragen bei der Europäischen Kommission, Herr Karl Falkenberg, das Hauptreferat zum Thema „Neueste Entwicklungen im Bereich des EU-Umweltrechtes“. Sämtliche Referate und Redebeiträge wurden in fünf Sprachen simultan übersetzt. Der Europäische Bürgerbeauftragte Prof. Dr. P. Nikiforos Diamandouros bedankte sich stellvertretend für alle Tagungsteilnehmer in einem sehr freundlichen Brief für die gute Organisation sowie die sprichwörtliche Tiroler Gastfreundschaft und meinte „...dass die Vorträge und Diskussionen während des Treffens mit die Besten waren, die je in einem solchen Seminar stattgefunden haben...“, wobei er nochmals die beeindruckende Rede von Frau Univ.-Prof. Dr. in Dr. Gamper erwähnte. Wir haben uns über dieses sehr gute Feedback außerordentlich gefreut.

Auch in diesem Berichtsjahr wurde durch diverse Aussendungen, aber auch Radio- und TV-Interviews, entsprechende Öffentlichkeitsarbeit geleistet.


Ein besonderer Dank gilt hier wiederum der Tiroler Landeszeitung, die durch ihre Zustellung an alle Haushalte in Tirol eine besondere Publizität genießt und die Institution des Landesvolksanwaltes, sein Team und dessen Aufgabenstellung sowie die Termine der Sprechstage an den Bezirkshauptmannschaften und größeren Gemeinden Tirols flächendeckend im gesamten Land den Menschen näher bringt.
Abschließende Bemerkungen


Mein besonderer Dank gilt schließlich meinem Team, ohne dessen großartigen Einsatz, verbunden mit großer fachlicher und menschlicher Kompetenz, die im Bericht beispielhaft aufgezählten Erfolge und Leistungen besonders in diesem intensiven Jahr nicht möglich gewesen wären. Gerade die imposante Zahl von rund 2.200 persönlichen
Gesprächen wäre für den Landesvolksanwalt alleine unmöglich zu bewältigen und erfordert viel Geduld, Verständnis sowie eine hohe rechtliche und soziale Kompetenz von allen MitarbeiterInnen. Dankbar erwähnen möchte ich in diesem Zusammenhang das große Engagement meiner MitarbeiterInnen, auch im Falle von Unzuständigkeit aber erkennbarer Hilfsbedürftigkeit, den Betroffenen im Rahmen unserer Möglichkeiten unterstützend entgegen zu kommen.


Für weitergehende Auskünfte zur Tätigkeit des Landesvolksanwaltes stehe ich mit meinen MitarbeiterInnen gerne zur Verfügung.

Ich schließe diesen Jahresbericht mit einem heute wie damals aktuellen Zitat des deutschen Schriftstellers Theodor Storm (1817-1888):

„Autorität wie Vertrauen werden durch nichts mehr erschüttert als durch das Gefühl, ungerecht behandelt zu werden.“

Dr. Josef Hauser
DER LANDESVOLKSANWALT VON TIROL

Innsbruck – Meraner Straße 5
Telefon: 0512/508-3052 • 0810/006200 zum Ortstarif • Telefax: 0512/508-3055
E-Mail: landesvolksanwalt@tirol.gv.at • www.tirol.gv.at/landesvolksanwalt